Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 59 (1979)
Heft: 11

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kommentare

STALIN UND TROTZKI

Die Antinomien des Bolschewismus

Sie gehörten dem gleichen Jahrgang an. 1879, geboren im letzten Quartal, Trotzki am 8. November, Stalin am 21. Dezember. Sie waren Führer der gleichen Partei, und beide behaupteten bis zum Schluss, den Bolschewismus zu verteidigen. Die Analogien gehen noch weiter, bestehen auch noch fort, als zwischen ihnen längst eine erbitterte Feindschaft herrscht. Jeder behauptet, «der wahre Erbe Lenins» zu sein, und jeder beschuldigt den andern, eine kapitalistische Restauration zu begünstigen, der Konterrevolution den Weg zu bereiten. Stalin beschuldigt Trotzki, die Rolle eines Bonaparte spielen zu wollen, und Trotzki feilt in den Jahren des letzten Exils unablässig an der Theorie des Stalinschen «Bonapartismus». 1935 schreibt er, Stalin könnte sich die Kaiserkrone Napoleons aufs Haupt setzen. Obwohl als «Konterrevolutionär» und «Verräter» diffamiert, obwohl seine Anhänger in der Sowjetunion getötet werden und die Moskauer Prozesse die Vernichtung der alten Bolschewiki einleiten, bekennt der Vertriebene sich noch immer zum «sowjetischen Arbeiterstaat», hält ihn für fortschrittlich gegenüber allen anderen Staaten und fordert seine Verteidigung – auch unter der Herrschaft Stalins, den er als einen Unterdrücker und mörderischen Kain bezeichnet. An der Verbundenheit mit der Sowjetunion hält Trotzki fest bis zum letzten Tag, dem 20. August 1940, da ein Agent Stalins seinen Schädel mit einer Spitzhacke zerschlägt.

Ein Familienzwist

Der Konflikt zwischen diesen beiden Männern erinnert an eine Blutfehde, wie Stalin sie in seiner georgischen Heimat kennenlernte. Es ist ein hasserfüllter Familienstreit, und gerade deshalb so furchtbar, weil es ein Kampf zwischen Verwandten ist, zwischen Anhängern desselben Glaubens, die einander so hassen, weil sie sich des Gemeinsamen, das sie verbindet, bewusst sind. Der Konflikt ähnelt den mittelalterlichen Glaubenskämpfen, deren Grausamkeit gerade auf dem Boden des gemeinsamen Bekenntnisses erwuchs. Mit ihm verbindet sich die Tendenz des Machtkampfes, des Erbfolgestreits, die sich in jeder Diktatur, von den antiken Imperien bis in die Gegenwart, manifestiert. Das zaristische Russland hatte sie bis ins frühe 19. Jahrhundert gekannt.

Die spiegelbildlichen Anklagen, die die Rivalen gegeneinander schleudern, gipfeln in dem Versuch, den andern vom Bolschewismus definitiv auszustossen, die politische Geschichte ohne den Störenden neu zu schreiben. In

der stalinistischen Propaganda der dreissiger Jahre wird Trotzki der Urverräter, der den Bolschewismus von Beginn an betrogen habe, ein «Judas», Agent des Feindes, der letztlich mit Hitler komplottierte. Der Bolschewismus erscheint als eine Bewegung, die mit Trotzki nie etwas gemein hatte, die seit je sich gegen ihn gerichtet hatte. Ignoriert wird die bedeutende Rolle, die diese Unperson zwischen 1917 und 1924 spielte: sie sinkt zum blossen Dekor eines Verräters herab. Kurioserweise wandte Trotzki dem Rivalen gegenüber die gleiche Methode an. Seiner These zufolge ist Stalin dem Bolschewismus wesensfremd, von Anfang an ein zweideutiges Element, wurde er nach und nach zum Werkzeug des Feindes, der Bourgeoisie. 1938 kennzeichnet er den Stalinismus als «bürokratische Reaktion gegen die proletarische Diktatur». Stalin habe nicht die von Lenin begründete Diktatur weiterentwickelt, er sei nicht ihr Produkt gewesen, sondern habe als «Usurpator» die Herrschaft an sich gerissen. Deshalb sei auch der Bolschewismus dafür nicht verantwortlich, Stalinismus und Bolschewismus seien nicht identisch, ja sie schlössen einander aus wie Feuer und Wasser. Diese mit viel Selbstsicherheit vorgetragene These war so brüchig wie Stalins symmetrisches Bemühen, seinen Gegner aus dem Bolschewismus zu verbannen. Beider Operation hatte mit Wahrheitsfindung nichts zu tun, es galt, den Gegner zu verunglimpfen und die Sache zu vernebeln. Es lohnt nicht, auf die stalinistischen Lügen einzugehen, die inzwischen zusammengebrochen sind, so dass selbst mit Moskau verbundene Kommunisten nicht gern daran erinnert werden. Wichtiger ist es, sich mit Trotzki auseinanderzusetzen, der, auf einem anderen Niveau, den Versuch einer theoretischen Deutung unternahm.

Trotzkis Aufgabe war keineswegs einfach; er geriet in viele Widersprüche, die auch seine üppige dialektische Wortkunst nicht verbergen konnte. Wie war es möglich, Stalin vom Bolschewismus zu trennen, hatte er doch seine Macht mittels der Kommunistischen Partei errungen, deren Generalsekretär er 1922, auf Vorschlag Lenins, geworden war? Die monopolistische Parteidiktatur war nicht Stalins Erfindung, auch sie bestand schon unter Lenin. Mehr noch: Trotzki war der leidenschaftliche Fürsprecher dieses Systems. «Eine Partei an der Macht, alle anderen im Gefängnis» – das war die gemeinsame Losung Lenins, Trotzkis und Stalins. Von Kritikern, darunter Souvarine und Victor Serge, bedrängt, machte der Exilierte ein Zugeständnis: Nur «juristisch» habe «die Herrschaft einer einzigen Partei dem Stalinschen totalitären Regime als Ausgangspunkt gedient». Das war eine schwächliche Ausflucht. Stalin hat sich nicht auf juristische Paragraphen gestützt, sondern auf die real vorhandenen Machtorgane der Parteidiktatur, die er nicht allein geschaffen hatte, deren Bestandteil er war. Angesichts der Schwäche seiner Argumente war Trotzki ungehalten und beschimpfte diejenigen, die auf Analogien zwischen dem Bolschewismus und Stalinismus hinwiesen. Dies sei nur, meinte er, durch «eine bodenlose intellektuelle und moralische Stumpfheit» zu erklären. Ist aber die Diffamierung Andersdenkender, die Unfähigkeit und der Unwille, mit ihnen zu diskutieren, nicht ein Merkmal bolschewistischer

Mentalität, das die Parteiführer insgesamt auszeichnete, nicht allein Stalin? Indem Trotzki die Gemeinsamkeit leugnete, offenbarte er sie zugleich. Da gab es den Terror, den die Bolschewiki seit ihrer Machtergreifung anwandten, der folglich ebenfalls keine Erfindung Stalins war. Trotzki war dessen beredter Organisator. In dem 1920 veröffentlichten Buch *Terrorismus und Kommunismus* führte er aus, dass es ohne Terror keine siegreiche Revolution geben könne: «Der rote Terror ist ein Werkzeug, das gegen eine dem Untergange geweihte Klasse angewendet wird, die nicht untergehen will.» Der Terror bringe den «Vorteil des Tempos» mit sich, beschleunige ganz einfach den historischen Fortschritt. Das Tempo sicherten die Geheimpolizei, ungesetzliche Erschiessungen, Massenmorde. Trotzki selbst wandte die barbarische Methode der Geiselverhaftungen an, von den Nazis später als «Sippenhaft» durchgeführt. Auf die gleiche Weise wird Stalin Trotzkis Familie ausrotten: der Zweck heiligt jeweils die Mittel. Trotzki verteidigt diese Unmoral noch 1938, lange nachdem er deren Opfer geworden war. «Ich bin nicht gewohnt, historische Perspektiven unter dem Gesichtswinkel des persönlichen Schicksals zu betrachten», hatte er in seiner Autobiographie 1929 geschrieben. Um so mehr offenbart sich die Tiefe seiner Überzeugung, da er selbst angesichts der gegen ihn gerichteten Grausamkeit Stalins an Ansichten festhielt, denen auch der «Kain im Kreml» huldigte. Trotzkis Formel von der dem «Untergang geweihten Klasse» war ein sehr elastischer Begiff, umfasste er doch unter anderen Demokraten, Sozialisten, Anarchisten, kurzum alle, die die Parteidiktatur verwarfen. Auch mit der Pressefreiheit räumte der Kriegskommissar rasch auf, in ihr sah er nichts anderes als eine «Korruption der Arbeiterklasse». Jedes Zusammengehen mit Sozialisten wurde abgelehnt, weil diese nur «verschiedene Stufen der Rückständigkeit und der Vorurteile der werktätigen Massen vertreten». Allein die bolschewistische Herrschaft verkörpere die Massen, nicht die realen freilich, sondern deren von den Herren erdachte «historische Mission».

Herrschaft der Avantgarde

Das ist Lenins Theorie der Avantgarde, die Stalin bis zum Überdruss ausnutzen wird. Trotzki bleibt ihr bis ans Ende leidenschaftlich verbunden; uneinsichtig gegenüber der geschichtlichen Erfahrung, bewahrt er Kontinuität. «Die revolutionäre Herrschaft des Proletariats hat ... die politische Herrschaft einer Partei mit klarem Aktionsprogramm und unverletzlicher innerer Disziplin zur Voraussetzung», heisst es 1920. Und 1937: «Das Proletariat kann zur Macht nur mittels seiner Avantgarde gelangen.» Lenin nannte das eine «regelrechte Oligarchie», Trotzki verteidigte besonders scharfe Formen der Diktatur: Zwangsarbeit, Militarisierung der Arbeit, Unterwerfung der Gewerkschaften: «Die Gewerkschaften werden zu Vollstrekkern der Arbeitsdisziplin ... Der Arbeiter feilscht nicht mit dem Sowjetstaat, – nein, er ist dem Staate verpflichtet, ist ihm allseitig untergeordnet, weil es sein Staat ist.» Trotzki redet der «schonungslosesten» Diktatur das Wort, arbeitet am vollständigsten

den Entwurf des totalitären Staates aus, der um so rücksichtsloser unterdrückt, als er behauptet, im Dienst der endgültigen Emanzipation zu wirken, eine tausendjährige Hoffnung zu erfüllen. Jegliche Demokratie ist ausgeschaltet, Mitsprache der Massen, auf die man sich ständig beruft, wird als bürgerlicher Betrug verhöhnt, als «demokratische Banalitäten und sozialistische Abstraktionen» abgeschüttelt. Sozialisten wie Karl Kautsky und Friedrich Adler, die das nicht einsehen, wird «Feigheit des Denkens» bescheinigt, sie ständen im «Lager der Gegenrevolution». Im Februar 1921 lässt der Kriegskommissar die Rote Armee in Georgien einbrechen, dessen Unabhängigkeit ein Jahr davor vertraglich garantiert worden war. Trotzki behält sich vor, im Namen des «proletarischen Internationalismus» die Unabhängigkeit Finnlands, Polens, der Tschechoslowakei zu beseitigen. In diesen Spuren wird Stalin marschieren und Breschnew 1968 in Prag. Mit solchen Ideen ausgestattet, ist es Trotzki im Frühjahr 1921 ein leichtes, den Kronstadter Aufstand niederzuschlagen. Die meuternden Matrosen bedroht er, «wie Fasanen niederschiessen» zu lassen. Den begeisterten Jäger scheint es nicht zu stören, dass es sich um Menschen handelt, die sich um die Versprechen der Revolution betrogen sehen. Noch 1937 verteidigt er das Massaker, verunglimpft «Bauernsoldaten» und «zweifelhafte Anarchisten», beschuldigt die Kritiker, wie gehabt, der «Ignoranz und Gefühlsduselei». Die Verwandtschaft dieses Terrors mit dem späteren Stalin-Terror wird bestritten. Auf seine persönliche Verantwortung angesprochen, flüchtet er sich in Lügen, leugnet sie oder schützt Gedächtnisschwäche vor. Das waren peinliche Mittel, sie zeigen, wie schwer es für Trotzki war, seinen Standpunkt durchzuhalten.

Bemerkenswert ist die Gemeinsamkeit der allgemeinen Konzeption Stalins und Trotzkis. Für beide besitzt die Parteiherrschaft Priorität, beide sehen in der Oktoberrevolution ein Modell der proletarischen Diktatur, in Lenin den richtungweisenden Strategen. Der Marxismus-Leninismus ist eine Zitatensammlung, der man das jeweils Passende entnimmt zur Stützung des eigenen Standpunktes, der eigenen Macht – beides ist untrennbar – und zur Verunglimpfung des Gegners. Stalin hat nur wenig geschrieben, er war kein Schriftsteller, sondern ein Handelnder. Zum «Theoretiker» wurde er erst erhoben, nachdem er im vollen Besitz der Macht war; eben nicht dank theoretischer Leistungen, sondern aufgrund seiner praktischen Erfolge im Machtkampf. Seine Äusserungen verfolgen unmittelbar praktische Ziele. Auch das ist eine bolschewistische Methode, die Stalin nicht erfunden hat. Die Bolschewiki haben die Theorie stets praktischen Erfordernissen angepasst, dabei bewiesen sie ebensoviel Elastizität wie Skrupellosigkeit. Aber Lenin, Trotzki und viele andere statteten ihren Utilitarismus mit hochtrabenden theoretischen Ansprüchen aus, verliehen ihm Glanz und höhere Weihe. Bei Stalin kommt der Zweck schmucklos und nüchtern zum Vorschein. «Die Partei ist der politische Führer der Arbeiterklasse», sagt er schlicht 1924. «Ohne eine solche Partei ist an einen Sturz des Imperialismus, an die Eroberung der Diktatur des Proletariats gar nicht zu denken.» Spontaneität ist von Übel, leugnet sie

doch die «leitende Rolle der Avantgarde der Arbeiterklasse». Das ist gleichsam das Skelett des Leninismus, auf seine simpelsten Formeln gebracht. Zwei Jahre später betont der Generalsekretär von neuem in den *Fragen des Leninismus:* «Die Partei ist die grundlegende führende Kraft im System der Diktatur des Proletariats.» Auf viele Zitate Lenins gestützt, gelangt er zur «eisernen Disziplin in der Arbeiterklasse». Doch der ehemalige Theologiestudent ist verschlagen genug, um gleichzeitig die Diktatur der Partei zu verurteilen: die Partei dürfe nicht ohne und gegen die Massen regieren. Stalin preist «die Methode der Überzeugung». Auch das ist bester Leninismus, jeder seiner Verfechter posiert als Demokrat. Trotzki ist gegen den «Bürokratismus», aber auch Stalin ist dagegen. Das Ritual herrscht bis heute in allen kommunistischen Ländern, wo periodisch Kampagnen gegen den «Bürokratismus» entfesselt werden – wohlgemerkt von seiten der Bürokraten selber. Im Kampf zwischen Stalin und Trotzki ging es nicht um Demokratie, die Arbeiterschaft war daran überhaupt nicht beteiligt, nur nominell, indem die Führer beider Fraktionen sich emsig auf sie beriefen. Das war ideologischer Betrug. Tatsächlich stritten zwei Gruppen der Bürokratie miteinander, Stalin auf die Partei gestützt, Trotzki auf Staat und Armee. Es besteht heute nicht der geringste Anlass, die von Stalin und Trotzki gleicherweise betriebene theoretische Verklärung zu tolerieren. Der Oktoberumsturz war keine proletarische Revolution, das Proletariat regierte nie, wohl aber eine Bürokratie in seinem Namen, was sie nicht davon abhielt, es zu unterdrücken. Die Bolschewiki ergriffen die Macht in einem rückständigen Land mit dem Ziel, seine Industrialisierung durchzuführen. Das übte eine Wirkung in zurückgebliebenen Ländern mit ähnlichen Problemen aus, während das erhoffte Echo im entwickelten Europa ausblieb. Auch dadurch wird die Legende von der «proletarischen Oktoberrevolution» widerlegt.

Trotzkis These, Stalin sei stets ein Feind des Bolschewismus gewesen, ist so wenig stichfest wie Stalins analoges Bemühen Trotzki gegenüber. Durch sein eigenes Verhalten wird sie erschüttert; denn lange erkannte er keineswegs in Stalin einen gewichtigen Gegner, sondern sah die hauptsächlichen Feinde zunächst in Sinowjew und Kamenjew (mit denen er sich 1926 verbündet), dann in der Gruppe um Bucharin. Gegen diesen unterstützt er Stalins Kollektivierung und Industrialisierung, die Millionen Menschen zum Hungertod verurteilen, als einen Schritt zum Sozialismus. «Der Erfolg der Sowjetunion in der Entwicklung der Industrie beginnt, eine globale historische Bedeutung anzunehmen», schreibt er 1930. Im Rausch des Fünfjahresplans schwenkt die Mehrzahl seiner russischen Anhänger ins Lager Stalins, um am «Aufbau des Sozialismus» teilzunehmen. Der Verbannte kritisiert methodische Einzelheiten, nicht die Sache an sich. Zum 15. Jahrestag der Oktoberrevolution reist er 1932 nach Kopenhagen, um ein Loblied anzustimmen: «Die Oktoberrevolution hat die Grundlage gelegt für eine neue Kultur, die nicht für Auserwählte, sondern für alle berechtigt ist.» Die Unterdrückungsmaschinerie bleibt unerwähnt. Zwar gebe es «die Fehler des Planes und die Miss-

griffe der Führung», aber sie wögen gering angesichts der «in ihrer Art glänzenden Erfolge». Stalin schrumpft zu etwas Unbedeutendem, wird selbst nur ein Werkzeug des sich erhebenden Sozialismus. Das Regime stecke überdies noch in den Kinderschuhen, ganze fünfzehn Jahre: «welch nichtige Frist im Leben eines Volkes!» Ist die Gegenwart insgesamt positiv, wie werde da erst die Zukunft aussehen, so verkündet der Verbannte vertrauensselig. Die Sowjetunion habe den Beweis erbracht, «mit Hilfe sozialistischer Methoden die Produktivität der kollektiven Arbeit zu einer nie dagesehenen Höhe zu steigern». Das ist im Stil der offiziellen Propaganda und genauso wahrheitswidrig wie sie. Kein Wort über die ausgebrochene Hungersnot, die Unterdrückung, die Deportationen. Trotzki fühlt sich noch jenem Regime verbunden, das er aufbauen half und das ihn inzwischen als «Konterrevolutionär» verjagt hat. Nach wie vor verheisst er eine grandiose Zukunft und glaubt, die Oktoberrevolution habe das Tor dafür geöffnet.

Zwei Konzepte

Die Ideologie verfälscht den Machtkampf, weil beide Rivalen, Anhänger des gleichen Avantgarde-Konzepts, sich als Vertreter der Arbeiterklasse ausgeben. Das ist der eine so wenig wie der andere. Die Kontroverse zwischen Trotzkis «permanenter Revolution» und Stalins «Sozialismus in einem Lande» ist etwas gewichtiger. Trotzki war mit europäischer Kultur gesalbt, der russifizierte Georgier Stalin dagegen war ganz national geprägt, ohne europäische Bildung. Das schuf zunächst persönliche Spannungen, die sich zu politischen Gegensätzen entfalteten. Trotzki dachte universal, wollte den engen russischen Rahmen sprengen, aber sein Konzept einer sich unablässig entwickelnden Revolution, die nicht endet «vor dem endgültigen Siege der neuen Gesellschaft auf unserem ganzen Planeten», war ein abstrakter Entwurf, dem keine Wirklichkeit entsprach. Der UdSSR bot diese Theorie überdies keine Hilfe. Ganz im Gegenteil: deren Situation stellte sich recht düster dar, hiess es doch, dass ohne internationale Revolution keine Hoffnung bestehe. Auch hier vernebelte die Theorie die Tatsachen, indem sie Stalin für das Scheitern der internationalen Revolution verantwortlich machte, während es sich um das Scheitern des bolschewistischen Programms handelte. Stalin bot dagegen einen Trost mit seinem Versprechen, dass die UdSSR sich allein weiterhelfen könne. Freilich geschah dies um den Preis eines Betrugs. Das Versprechen, den Sozialismus zu errichten, war illusorisch – insbesondere solange bolschewistische Methoden herrschten. Hier sprach Trotzki eine substantielle Wahrheit aus: «Sich das Ziel zu stecken, eine *national isolierte* sowjetische Gesellschaft aufzubauen, bedeutet, trotz aller vorübergehenden Erfolge, die Produktivkräfte, sogar im Vergleich zum Kapitalismus, zurückzerren zu wollen.» Der Beweis dafür ist inzwischen in reichem Masse erbracht worden. Trotzki sagte einen «nationalen Messianismus» voraus, der die Sowjetunion mit einem Heiligenschein ausstatten würde. Unter Stalin wurde der Internationalismus

zu einer immer bedeutungsloseren Phraseologie, der «Sowjetpatriotismus» unterscheidet sich nicht mehr vom traditionellen Nationalismus. Aber auch dies war im Bolschewismus bereits angelegt, seit 1917 erhob er immer kategorischer den Anspruch, ein universales Modell geliefert zu haben. Die Kommunistische Internationale war russisch geprägt. Auch die kommunistischen Umwälzungen seither, vor allem in China, besitzen einen nationalen Charakter. So können wir annehmen, dass auch der sowjetische Nationalismus eher einem Gesetz entspricht als einer persönlichen Laune Stalins. Die sozialen Umwälzungen in Asien, Afrika, Lateinamerika haben stets auch eine kräftige nationale, mitunter auch nationalistische Tendenz. Das widerlegt Trotzkis Schema vom allmählich triumphierenden Internationalismus, der schönen Verheissung entspricht keine Realität. Diese ist widerspenstiger, als es der frohe Fortschrittsglaube vermeinte. Gültig bleibt freilich der Hinweis auf die Bedeutung weltwirtschaftlicher Zusammenhänge, die rein nationale Lösungen ausschliessen. Notwendig dazu ist aber ein realistischeres Konzept als die Abstraktion der «permanenten Revolution».

Offenkundige theoretische Widersprüche wurden nicht ausgeräumt, weil praktische Erwägungen letztlich den Ausschlag gaben. Trotzki meinte, ohne Lenin hätte die Oktoberrevolution überhaupt nicht stattgefunden. Das dürfte der Wahrheit entsprechen, nur vertrug sich das schlecht mit dem ansonsten starr verkündeten Glauben an «historische Gesetzmässigkeit». Auf deren Wirken führte er Stalins Sieg zurück, der folglich unvermeidlich gewesen sei. So reduzierte sich die Rolle der Personen, vom äussersten Subjektivismus wurde zum äussersten Fatalismus übergewechselt. Dadurch konnte sich Trotzki die Wertung seiner eigenen Aktion ersparen. Doch muss man auch hier die Frage stellen, ob die Geschehnisse wirklich so zwangsläufig waren. Hätten sie nicht einen anderen Verlauf genommen, wenn Trotzki seinen Rivalen anders eingeschätzt und nicht als *quantité négligeable* behandelt hätte, wenn er sich gegen Stalin, nicht gegen Sinowjew und Bucharin gewandt hätte? Unbekümmert bediente Trotzki sich von Fall zu Fall verschiedener Methoden historischer Wertung, was seinem theoretischen Anspruch nicht gerade förderlich ist.

Trotzki und Stalin gehören beide zum Bolschewismus; der Versuch, sie daraus zu entfernen, hat nur propagandistischen Charakter: eine Problematik soll ausgeschieden werden, weil sie das Wesen des Bolschewismus blosslegt. In der totalitären Diktatur, die sich, Lenins Worten zufolge, die Aufgabe stellte, den Terror «zu begründen und zu legalisieren», waren blutige Machtkämpfe unvermeidlich. Sie entsprachen ihrer eigensten Natur; es wäre verfehlt, den Bolschewismus davon freizusprechen. Isaac Deutscher hatte es unternommen, Stalin und Trotzki in politischem Zusammenhang zu betrachten, auf deren Gemeinsamkeiten zu verweisen. Das war durchaus legitim. Stalin entsprach der «Logik des Einparteisystems», schrieb Deutscher, der ebenfalls eine historische Gesetzmässigkeit im Hegelisch-Marxschen Sinne wirken sah. Zwar habe Stalin mit furchtbaren Methoden geherrscht, doch wirkten sie

sich zugunsten des Sozialismus aus. Trotzki und Stalin werden vereint zum Wohl der guten Sache; jeder habe auf seine Weise dem geschichtlichen Gebot gehorcht und dem Sozialismus gedient. Mit Inbrunst begrüsste Deutscher die Ära Chruschtschow als eine Renaissance der «Traditionen des Marxismus» und als «Trotzkis posthumen Triumph». Den Schrecken der Geschichte wurde ein verheissungsvoller Sinn entnommen, weil die «Saat der Zukunft» mit Blut getränkt werde. Die verschlissene Botschaft wurde schon oft verkündet, von Utopisten und Tyrannen – es war auch die Sprache eines Hitler und Stalin –, was Deutscher nicht davon abhielt, sie mit dem altmodischen Pathos eines Erleuchteten zu präsentieren. Wir haben keinen Grund, uns solchem Illusionismus hinzugeben. Wenn Stalin und Trotzki gleichermassen zum Bolschewismus gehören – was unbestritten ist –, so enthält dies nichts Trostreiches. Ganz im Gegenteil: Die Enthüllung der Antinomien des Bolschewismus offenbart das Scheitern des Anspruchs dieser Bewegung, die Hinfälligkeit ihrer Theorien und Heilsbotschaften.

Heinz Abosch

30 JAHRE DDR: DREI GRABKREUZE ÜBER EINER HOFFNUNG

Es geht seinen Gang: Die Atemnot schlafloser Tage, erfüllt von den Schreien der Fledermäuse, zeugt unvollendete Geschichten; die Mühen in unserer Ebene spotten der Losung Ruhe bewahren. Kein Ort. Nirgends. Vor den Vätern sterben die Söhne den Tod am Meer.

Zugegeben, das hört sich eher nach einem Kondolenzschreiben an, als nach Glückwünschen zu einem Geburtstag, eher nach Resignation als nach Revolution. In diesem, ebenfalls zugegeben: montierten, also manipulierten Text sind neun Buchtitel von DDR-Schriftstellern aufgegangen, veröffentlicht in letzter Zeit, die Mehrzahl in beiden deutschen Staaten, einige nur in der Bundesrepublik, einer nur in der DDR. Das literarisch eingefärbte Puzzle spiegelt nicht nur das gegenwärtig in der DDR herrschende intellektuelle Klima, in ihm manifestiert sich auch ein allgemein verbreitetes Lebensgefühl. Die Schriftsteller verhelfen ihm, im 30. Jahr der anderen Republik, zu verbindlichem Ausdruck. Auch wenn sie Zuflucht in der literarischen Selbstanalyse suchen, sich also, verstellt, selbst zum Thema machen, finden sie ihr und unser aller Thema: die deutsche Misere, die an der innerdeutschen Grenze nicht haltmacht.

Die eingemauerte DDR präsentiert sich zum Jubiläumsdatum in einem beklagenswerten Zustand. Die praktische Vernunft wird als Störfaktor dingfest gemacht und die ohnehin längst verdunkelte Utopie von Paragraphen eingezäunt. Die Mehrheit ihrer Bürger schlägt jene drei Kreuze, die nach römischer Schreibweise das Alter der östlichen deutschen Republik bezeichnen und die von der offiziellen Propaganda ängstlich gemie-

den werden. Es sind Grabkreuze auf eine Hoffnung, zu feiern wäre allenfalls eine Beerdigung.

Anlass zur Trauer sicher eher als zum Triumph: Die Generation der heute Dreissigjährigen in der DDR, so hat der Schriftsteller Heiner Müller beklagt, habe den Sozialismus nicht als Hoffnung auf das *Andere* erfahren, sondern als deformierte Realität – als real existierenden Sozialismus, mag man ergänzen. Diese Hoffnung auf «das Andere» erwuchs aus der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges, den das Versagen der Arbeiterbewegung vor Hitler möglich gemacht hatte; sie erwuchs aus den verzweifelten Schwüren in den Konzentrationslagern, sich künftig nicht wieder selbst zu zerfleischen, aus den Debatten unter den Emigranten.

Im November 1945 formulierte Johannes R. Becher in einem «Deutschen Bekenntnis»: «Demokratie, Sozialismus und Christentum stellten gegen die Hitlertyrannei die leidenschaftlichsten Kämpfer, und so müssen diese Mächte auch hervorragend beteiligt sein an der weltanschaulich-moralischen Neugeburt unseres Volkes, an dem grössten Reformationswerk unserer Geschichte, das wir zu vollbringen haben.» Aber bereits Becher konnte die Sorge nicht verhehlen, dass reaktionäre Kräfte eine solche Einheit verhindern würden, sein Pathos von «Deutschlands Auferstehung» ist heute kaum noch nachvollziehbar. Wir gebrannten Kinder wissen es besser: Was zur sogenannten Stunde Null als moralisches Minimum galt, nämlich eine antifaschistische Grundhaltung, das ist inzwischen auf eine Leerformel im Westen und eine Propagandafloskel im Osten heruntergekommen. Stephan Hermlin war im Herbst 1945 realistischer als Becher: «Die deutschen Antifaschisten stehen allein», konstatierte er, «sie sind noch wenige». Es blieben zu wenige, und der Antifaschismus wurde nicht zum politisch-moralischen Fundament der beiden deutschen Staaten. Während er im Westen, wo der Beamtenapparat restauriert wurde und die Justiz bis heute noch keinen Blutrichter zur Rechenschaft gezogen hat, wo der erste Präsident Hitlers Ermächtigungsgesetz zugestimmt hatte, während also der Antifaschismus in der Bundesrepublik angesichts des Wirtschaftswunders keine Chance hatte, wurde er in der DDR zur strafrechtlich sanktionierten Staatsdoktrin. Das von oben erlassene Verbot des Faschismus verhinderte die Auseinandersetzung mit ihm, die Unfähigkeit zu trauern, im Westen später zumindest als moralisches Defizit erkannt, schlug im Osten in sterile Selbstgerechtigkeit um – als hätte der Nationalsozialismus die Menschen dort nicht ebenso verwüstet gehabt. Freilich, der Flüchtlingsstrom hatte bis 1961 auch eine Unzahl kleinerer und grösserer Nazis in den goldenen Westen geschwemmt, wo sie Pensionen und nur im seltensten Fall Prozesse zu erwarten hatten. Die NS-Hypothek, die die Bundesrepublik abzutragen hatte, war ungleich schwerer als in der DDR. Aber hatte sie sich diese nicht durch die restaurative Adenauer-Politik der fünfziger Jahre selbst zugezogen?

Gute Ausgangslage

So schien die Ausgangslage der Deutschen Demokratischen Republik

so ungünstig nicht zu sein, auch wenn man nicht unbedingt Stalin zu folgen geneigt war, der die DDR-Gründung einen «Wendepunkt in der Geschichte Europas» nannte. Die Unheilslinie deutscher Geschichte schien hier eine Unterbrechung zu erfahren, Emigranten wie Brecht und Zweig, Seghers und Becher, Uhse und Bloch suchten dort ihre deutsche Heimat, während sich in der grösseren westlichen Hälfte eine sogenannte «innere Emigration» unbussfertig an die Brust klopfte und während Thomas Mann, Hermann Hesse oder Lion Feuchtwanger gleich draussen blieben. Als Thomas Mann im Goethejahr 1949 den Klassiker auch in Weimar feiern half, musste er sich gegen Schmähungen aus Frankfurt wehren: sein Besuch habe «dem alten Vaterlande als Ganzes» gegolten, von der Bevölkerung der Ostzone habe er sich nicht fern halten, sie nicht links liegen lassen wollen. Es ist nicht müssig, heute daran zu erinnern, mit welchem Elan die Abgrenzung im Zeichen des Kalten Krieges gerade von westlicher Seite aus betrieben wurde. Die Losung «Deutsche an einen Tisch» galt als Teufelswerk.

Als das Bundesverfassungsgericht im Jahre 1956 nach mehrjährigen Verhandlungen die KPD verbot, da beschwor der Philosoph Ernst Bloch vom sächsischen Leipzig aus noch einmal die Einigung der Arbeiterklasse. Über die Volksfront solle man zur deutschen Einheit gelangen, die DDR aber müsse «dazu ein ununterbrochener Anreiz und ein besonders einleuchtendes Vorbild werden». Damals allerdings hatte der junge Arbeiter- und Bauernstaat seine marxistische Unschuld bereits verloren. Der 17. Juni 1953 gab ersten Anschauungsunterricht über die wahren Machtverhältnisse: Statt einer Republik, die dem Volk gehörte, entwikkelte sich ein Staat, der seine Bürger in Besitz nahm.

Die Vorstellung Ernst Blochs, wonach die DDR «ein besonders einleuchtendes Vorbild» in der Klassen-Auseinandersetzung auf deutschem Boden zu sein habe, zerbrach an den Realitäten des realen Sozialismus, dem jede Anziehungskraft über die Grenzen hinweg fehlte. Sein «Anreiz» hatte vielmehr fatale Folgen für die sozialistische Idee in der Bundesrepublik, die noch immer heillos diffamiert erscheint. Es war nicht allein die Hoffnung Blochs, der seinen Staat verliess, als er die Mauer baute, die eine tiefe Enttäuschung erfuhr. Nach dem 13. August 1961, der das Experiment DDR konsolidieren sollte und grösseren inneren Spielraum versprach, und mit der gewaltsamen Niederschlagung der Prager Hoffnungen auf einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz war der Abschied von einer ohnehin nur geborgten Revolution endgültig vollzogen.

Der staatlichen Anerkennung, dem Schein äusserer Souveränität opferte die DDR einen gesamtdeutschen Anspruch, den sie in ihrer Politik den eigenen Bürgern gegenüber ohnehin nicht einzulösen bereit gewesen war. Für die Entwicklungen in der Bundesrepublik interessierte sie sich nur aus propagandistischen Gründen, sie war das «Andere», auf das viele DDR-Bürger sich nun orientierten, und die westlich gerichteten Fernsehantennen wurden dafür zum Symbol.

Einer sozialistischen Herausforderung brauchte sich die Bundesrepublik

nicht zu stellen und nur, wer ihr nicht wohl will, kann darüber froh sein. Der andere Staat hat zeitweise, als der Antikommunismus eine willkommene Rechtfertigungsideologie war, eine düstere Folie für politische Entscheidungen abgegeben, die zum Deformationsprozess gehören, den auch die Bundesrepublik durchgemacht hat: das begann mit der Kommunistenverfolgung, fand einen Höhepunkt in der Notstandsgesetzgebung, worin sich der Sinn einer Grossen Koalition erfüllte, und ist beim Radikalenerlass, wozu eine sozialliberale Koalition sich hergab, noch lange nicht ans Ende gelangt. Es ist schon paradox, wenn nicht pervers: Die beiden aus dem Hitlerkrieg hervorgegangenen deutschen Staaten definieren sich am eindeutigsten durch Abgrenzung vom jeweils anderen, berufen sich auf den Gegensatz zu ihm und machen dabei ihre Verfassungen zu Kampfinstrumenten. Die DDR orientiert sich nicht am sozialistischen Ideal, die BRD nicht an den demokratischen Tugenden. Der Grund: Beide Gemeinwesen sind Resultate eines verlorenen Krieges, Importartikel, und nicht Früchte gelungener Revolutionen.

Abgebrochene Perspektiven

So wurde die DDR nicht zum Beispiel für eine unterbrochene Unheilslinie deutscher Geschichte, sondern für die abgebrochene Perspektive sozialistischer Verheissung. Die Revolution ist abgeschrieben, die Resignation, erträglich gemacht durch die Solidarität der Resignierten, wurde zur Strategie des Überlebens. «Die grösste Leistung der DDR besteht darin, den Sozialismus durch Leute aufbauen zu lassen, die ihn gar nicht ausdrücklich wollen», wirft in einem Hörspiel aus der DDR, das dort gedruckt, in den Westmedien aber gesendet wurde, eine Frau ihrem Mann vor. Sein Lebenslauf, höhnt sie, müsste die Unterzeile tragen: «Vom Revolutionär zum Aktionär.» Er habe einmal seinen Beitrag geleistet, jetzt lebe er von der Dividende. Und wenn der Sozialismus komme, dann trotz solcher Leute wie er. «Ich fürchte nur», sagt sie, «dass er auch deine Züge trägt».

Bei allen Wandlungen, denen die Ansichten des Aufklärers und Humanisten Karl Marx sinnvollerweise unterworfen sind: wer die Grundüberzeugung verrät, dass der Mensch mehr zu sein habe als ein Besitzbürger, dass er nach der Abschaffung kapitalistischer Produktionsverhältnisse alle seine menschlichen Kräfte, seine Liebe, seine Vernunft und seine künstlerischen Fähigkeiten entwickeln dürfen kann, wer die Hoffnung zuschanden gehen lässt, dass der Mensch der Zukunft, um reich zu sein, nicht unbedingt viel *haben,* sondern auf jeden Fall viel *sein* müsse – der hat das Recht vertan, sich auf den Marxismus zu berufen. Der Mensch aber – laut Marx Wurzel und Ziel aller sozialen Umwälzungen – ist in den Ländern, die sich sozialistisch nennen, unter das Joch der ökonomischen Ordnung und des sie befehlenden Staates gezwungen worden. Der von Rudolf Bahro analysierten organisierten Verantwortungslosigkeit entspricht eine atemberaubende Entpolitisierung der Massen, die alle Kampagnen klaglos über sich ergehen lassen, ein Ventil höchstens noch im Witz suchen und im Schimpf des Alltags.

Einer kleinen Schicht von privilegierten Funktionären, deren ganzes Engagement der blossen Machterhaltung gilt, antwortet schweigend die Subalternität jener Massen, die nach Rosa Luxemburgs Überzeugung zum Subjekt des revolutionären Prozesses herangereift sein sollten. Vom Politbüro zum Objekt degradiert, fühlt das Volk sich anonymer Macht ausgeliefert, die im Extremfall sich als Staatssicherheitsdienst zu erkennen gibt. Dabei kann von der Schwäche dieses Staates nur sprechen, wer die Massstäbe einer offenen Gesellschaft anlegt und die Militanz dieser arroganten Macht nicht in Rechnung stellt. Neuerdings stellt die DDR-Obrigkeit, die in der ausschweifenden Auslegung ihrer Gesetze nie zimperlich war, im Grunde jenen Umgang ihrer Untertanen mit sich selbst und anderen unter Strafe, der über den Austausch von Glückwünschen und Wettermeldungen hinausgeht. Die sie umgebenden Wirklichkeiten werden von den Machtausübenden nur selektiv noch wahrgenommen, und ihre Einschätzungen sind danach. «Die Gipfel sind längst erstürmt. Vor uns breitet sich Hochland aus mit weiten, leuchtenden Horizonten», schwärmt ein DDR-Journalist, dem alle politisch-geographischen Kenntnisse abhanden gekommen sind. Sein trigonometrischer Punkt ist die Illusion, seine Wahrheit eine Fata Morgana.

Allerdings und noch einmal: Trauer ist angezeigt und zum Triumph eignet sich die deutsche Misere nicht. Es geht auch seinen Gang zwischen Soltau und Sonthofen, die unvollendeten Geschichten mehren sich und auch hierzulande sterben vor den Vätern noch Söhne. Die Bundesrepublik ist ein Land der Verheissung aus der Perspektive des anderen Staates, der seinen Bürgern mit der Zukunftshoffnung auch eine sinnfällige Gegenwart nahm. Einmal als reformwürdig und reformfähig erkannt, hat inzwischen die demokratisch verfasste Republik, unter die Macher gefallen, Züge von Hoffnungslosigkeit angenommen. Weil sie ihre Reformfähigkeit nicht erweisen durfte (oder: konnte?), sprechen Teile der nachwachsenden Generation ihr auch die Reformwürdigkeit ab. Das Grundgesetz, das ein Bundespräsident, den vom heute amtierenden eine politische Kluft trennt wie etwa die zwischen Filbinger und Brandt, dem Emigranten und dem Marinerichter, «ein Angebot» nannte, wird nicht selbstverständlich gelebt und also angenommen (man steht höchstens auf dem Boden der Verfassung), sondern es wird statuiert, zum Fetisch gemacht, gut für die Denunziation von sogenannten Verfassungsfeinden. Ein Kanzlerkandidat, der sich seiner eigenen Partei durch Erpressung aufzwang, beteuert, ein Demokrat zu sein und ausserdem geschlossene Verträge zu achten. Kein Aufschrei schreckt das Land auf, wenn sein Paladin die Nationalsozialisten agitatorisch beschwört: als Sozialisten, die sie doch vor allem gewesen seien, eignen sie sich zur Diffamierung der Sozialdemokraten, die in der Polemik Sozialisten geheissen werden. Der Bürger wendet sich verdrossen ab, die Flucht nach innen wird zur Signatur der Intelligenzia, Lyrik ist wieder gefragt. Die Lethargie wird zur Mode, der Opportunismus zur Methode. Die beiden deutschen Literaturen finden wieder zueinander in

der Beschreibung von Krankheitssymptomen. Ein weiteres Mal formulieren sie das Leiden an der deutschen Misere, reagieren auf die je verschiedenen Restaurationen, auf eine doppeldeutsche Tendenzwende, die durch die beiden Stichworte Studentenrevolte im Westen und Prager Frühling im Osten markiert wird. «Deutschland? aber wo liegt es? Ich weiss das Land nicht zu finden, / wo das gelehrte beginnt, hört das politische auf.» So klagte schon Goethe in den «Xenien», und für «das gelehrte» mag man «das literarische» einsetzen oder «das geistige» oder was immer; ein junger DDR-Dramatiker, dem die Bühnen seines Landes sich verweigern, lässt eine seiner Figuren sagen: «In Deutschland merkt man immer nur, dass Zeit vergangen ist, wenn unser inneres Bedürfnis noch ein bisschen unbefriedigter geworden ist.»

Es heisst: Deutschland. Man sagt wieder öfter Deutschland in den beiden Staaten, in die es zerfallen ist. Man sagt es nicht im Triumph, eher mit gesenkter Stimme: Die Glückwunschadressen zu dem 30-Jahre-Jubiläum haben einen Trauerrand.

Heinz Klunker

AUF DER SUCHE NACH POLITISCHER AUTORITÄT

Der Bewusstseinsprozess im europäischen Parlament

Das alte Parlament ist begraben, doch das neue ist noch nicht konstituiert. Mit diesem Satz konnte die erste Parlamentswoche des direkt-gewählten EG-Parlaments charakterisiert werden, selbst wenn skeptische Zungen behaupten, der «Wanderzirkus» werde im alten Trott der Europäischen Gemeinschaft zur (demokratischen) Farce dienen.

Zu einem eher positiven Urteil berechtigen sowohl einige formale wie inhaltliche Tatbestände. Vorbei ist zum Beispiel der Zwang zum Doppelmandat, der ehemals durch die Delegation der Parlamentarier durch die nationalen Parlamente gegeben war. Nur 121 von den 409 europäischen Abgeordneten (ein konservativer Brite wird EG-Aversion durch parlamentarische Absenz demonstrieren) sind parlamentarische Vollprofis geblieben, welche abwechslungsweise in ihren nationalen Kammern oder in Strassburg/Luxemburg sitzen. Nicht einmal ein Fünftel der gewählten EG-Parlamentarier haben zudem der alten Versammlung angehört, die allerdings nur 198 Mitglieder umfasst hatte. Als vorderhand bedeutendstes Element darf angeführt werden, dass ein neuer Wind durch das Europaparlament weht, der seine Kraft einerseits der gegenwärtigen ökonomischen Wetterlage verdankt, andrerseits auch der fast stürmischen Ankunft einiger seiner neuen Mitglieder. Ihrer Aktivität ist es zuzuschreiben, dass zaghafte Vorbereitungen für einen Qualitätssprung trotz der stark eingegrenzten

Kompetenzen dieser EG-Institution geschaffen worden sind.

Wie sieht nun die neue «Innenwelt» des Europaparlamentes aus? Wie reflektiert sich in diesem Gremium die «Aussenwelt»? Wie spielen diese beiden Welten ineinander, und welche Rolle kommt dabei der Öffentlichkeit zu?

Auf diese Fragen möchte der vorliegende Beitrag einige Antworten vermitteln. Für eine kohärente Darstellung fehlt der Erfahrungshorizont. Die nächsten fünf Jahre werden letztlich an den Tag bringen, ob der Horizont der Erwartungen zu hell oder zu düster gemalt worden ist. Dann werden tiefergehende Analysen möglich sein.

Die parlamentarische «Innenwelt»

Seit und mit den Wahlresultaten nach dem 10. Juni sind verschiedene mehr oder weniger spektakuläre Ereignisse und theatralische Politcoups in den Eurokulissen erfolgt. Einen Sturm der Entrüstung löste im sozialistischen Lager der Entscheid der französischen Wahlbehörde aus, welcher der UDF-Liste zum Schaden der Sozialisten noch einen Sitz zuschlagen konnte. Mag dieser Entscheid formaljuristisch begründbar sein, so war er für das politische Klima in Frankreich ein unnötiger Akt zur Verhärtung der parteiideologischen Fronten. Der Protestschritt Mitterrands, auf die Parlamentsmitgliedschaft zu verzichten, hatte neben publizistischen Effekten wenigstens den Vorteil, dass dadurch der hinterste Listenkandidat nicht «rausfallen» musste. Von der giscardistischen UDF-Liste sind zwei Mitglieder in die Fraktion der Christdemokraten übergetreten. Diese waren mit der von Simone Veil angeführten Liste nur ein Wahlbündnis eingegangen, um nicht notwendigerweise über die 5-%-Wahlhürde zu stolpern. Einer solchen Wahltaktik sind vor allem die Ökologen nicht gefolgt. Durch ihre Weigerung, mit dem Establishment Kompromisse zu schliessen, sind sie nun zur euro-ausserparlamentarischen Opposition aufgerufen, zusammen mit einigen anderen, extremen Splittergruppen. Koordiniert in einem «Büro» in Strassburg, wollen die Ökologen mit ihren Interessen auf die EG-Parlamentarier einwirken.

Von den sechs Luxemburgern haben gleich die zwei prominentesten Eurovertreter ihr Demissionsschreiben eingereicht: der zum Ministerpräsidenten Luxemburgs avancierte Pierre Werner und der auf der europäischen Bühne wohlbekannte Gaston Thorn, den das Politikerglück vorübergehend im Stich gelassen hat: Thorn hatte auf die Parlamentspräsidentschaft gerechnet, wurde aber das Opfer eines deutsch-französischen Polithandels, der innerhalb des transnationalen liberalen Lagers Simone Veil die offizielle Präsidentschaftskandidatur einbrachte. Die Einmischung der Regierungen verdross Willy Brandt: «Wenn sie schon meinen, der Verein habe nichts zu sagen, sollen sie ihn wenigstens den Präsidenten allein wählen lassen.» Der enttäuschte Thorn, der nun immerhin luxemburgischer Aussen- und Wirtschaftsminister zugleich ist (und damit nicht auch noch gleichzeitig Europarlamentarier sein darf), hatte allerdings im Schild geführt, seine liberale, französische Mitstreiterin Veil in einem eventuellen dritten oder vierten Wahlgang als

«unabhängiger Kandidat» doch noch auszustechen, als «Retter» einer politischen Patt-Situation. Soweit sollte es nicht kommen, nachdem der ehemaligen Ministerin knapp die absolute Mehrheit der abgegebenen, gültigen Stimmen schon im zweiten Wahlkampf zugefallen waren.

Trojanisches Pferd?

Simone Veil wurde vorgehalten, als «Tochter aus dem Elysee» – die «Ode an die Freude» wurde (zufällig?) einen Tag nach der Wahl dargeboten – von Giscard d'Estaing an die Spitze des Europarlaments geschoben worden zu sein. Böse Zungen sprachen von einem trojanischen Pferd, in welchem sich die Giscardisten verborgen halten, um immer dann aus dem hölzernen Bauch zu springen, wenn das Parlament Anzeichen macht, sich mehr Kompetenzen zu verschaffen. Mme Veil als die Hüterin der nationalen Souveränitäten? Ohne Zweifel hätte dagegen Thorn als das Symbol der Supranationalität gegolten.

Inzwischen sind die Spitzen solcher Attacken etwas abgestumpft. In ihrer Eröffnungsrede hatte die 52jährige Präsidentin im Plädoyer für ein Europa der Solidarität, Unabhängigkeit und der wachsenden Zusammenarbeit «europäische» Töne angeschlagen. Von «Supranationalität» war kein Wort zu vernehmen, doch im Rahmen der bestehenden Befugnisse werde dem Europarlament «politische Autorität» zukommen müssen, insbesondere in der «Beteiligung an den Legislativbeschlüssen der Gemeinschaften». Für die Gaullisten ging mit derlei Worten die Liberale Veil zu weit. Sie ärgerten sich insbesondere, dass in ihrer Rede etwa zwanzig Mal das Wort «Parlament» vorkam, während doch die Franzosen in ihrem Euro-Vokabular nur «assemblée» (Versammlung) gelten lassen. Madame Veil zog sich in einem Gespräch mit Journalisten diplomatisch aus der Affäre: es handle sich hier um ein semantisches Problem, und sie sei schliesslich kein Sprachadvokat... Die Gaullisten – in der Fraktion der Europäischen Demokraten für den Fortschritt mit einigen Dänen und der irischen Regierungspartei Fianna Fail liiert – meckerten schliesslich, dass die französische Präsidentschaft «zu teuer erkauft worden sei». Sie wiesen dabei auf das politische Geschäft mit der konservativen Fraktion hin: ihr Chef, Scott-Hopkins, mache die Unterstützung seiner Fraktion für Simone Veil davon abhängig, den Vorsitz für den Landwirtschaftsausschuss zu bekommen. Seit zwanzig Jahren – seit der Existenz dieses Ausschusses – war dieser in den Händen der in Landwirtschaftsbelangen höchst sensibel reagierenden Franzosen gewesen. Für Chirac, der nie mit demagogischen Interpretierungen solcher Zwischenfälle geizt, bedeutet dies zusätzlich Öl ins Feuer, könnten sich doch die französischen Bauern wieder einmal übervorteilt fühlen. Auf der anderen Seite verlangten Grossbritanniens Konservative diesen Preis, indem sie auch via Parlament die gegenwärtige – für sie ungünstige – EG-Landwirtschaftspolitik zu reformieren versuchen.

Die «Unabhängigen»

Neben den sechs Fraktionen, die der Grösse nach zwischen 112 Mitglie-

dern (Sozialisten) und 22 Mitgliedern (Europäische Demokraten für den Fortschritt) schwanken, sind 24 «Unabhängige» ins Europarlament gewählt worden. Diese vertreten über sechs Millionen (oder etwa 5,6 %) der Wählerstimmen. Schon wegen dieser Tatsache kommt diesen Parlamentariern eine besondere Aufgabe zu. Wenn zudem die knapp acht Millionen Wähler einbezogen werden, die wegen der 5-%-Klausel in Frankreich und in der Bundesrepublik und wegen der zu geringen Unterstützung in den anderen Ländern keinen Volksvertreter für sich beanspruchen dürfen, dann haben die Unabhängigen sogar ein Potential von rund 14 Millionen Wählern (oder 12,6 % der Stimmen) zu vertreten.

Nun sind diese Unabhängigen eine bunt zusammengewürfelte Gruppe verschiedenster Ideologien, die sich mehr oder weniger von den Parteiphilosophien der grossen Fraktionen abheben. Das Spektrum reicht von weit rechts (vier italienische Neofaschisten gruppieren sich in der MSI), über radikale Sozialliberale (zwei holländische Demokraten der D' 66), radikale Regionalisten (belgische Flamen und Wallonen) bis zur doktrinären Linken (fünf italienische Abgeordnete). Um die Interessen der parlamentarischen Minderheiten zu schützen, haben die italienischen Linksradikalen, unter ihrer Leitung Marco Pannella, eine «technische Koordinationsgruppe zum Schutz der Interessen der Unabhängigen» gegründet. Ihr dürfen alle diejenigen angehören, welche «demokratisch und antifaschistisch» dächten. Mit anderen Worten wurde der MSI Italiens der Zugang verwehrt. Mit den Rechtsextremen wollen die Parlamentarier des unabhängigen linken und mittleren Lagers nichts zu tun haben, obwohl sie ausdrücklich fordern, dass auch jene in ihren parlamentarischen Ansprüchen nicht diskriminiert werden dürften.

Eine parlamentarische Politshow nahm bereits eine Woche vor der Strassburger Eröffnungssitzung seinen tragikomischen Anfang in Luxemburg, als bei einer Versammlung der Fraktionschefs Pannella – allerdings gegen den Willen der Gaullisten und Kommunisten – aufgefordert wurde, das Kollegium zu verlassen. Damit wurde den Unabhängigen indirekt die Fraktionsfähigkeit und -legitimität aberkannt. Man stützte sich dabei auf den sogenannten «Bericht Luster», in welchem unter anderem gefordert wird, dass zur Bildung einer Fraktion im neuen Parlament 29 Mitglieder – respektive 21 bei der Zugehörigkeit von mindestens drei Mitgliedstaaten – erforderlich seien (früher, im alten Parlament waren dies 14 [10] Mitglieder). Die politische Verwegenheit der grossen Fraktionen hatte nun die Verabschiedung dieses Berichts auf die Tagesordnung der ersten Plenarsession gesetzt. Die technische Koordinationsgruppe, der vorübergehend 13 Parlamentarier angehörten, probte nun den Aufstand. Für sie galt es, gleich zu Beginn ihre Bedeutung und ihr Gewicht im Europarlament hervorzustreichen, deren sie ohne Fraktionsstatut oder vergleichbar anerkannter parlamentarischer Rechte verlustig gehen müssten. Ihr unmittelbares Ziel lag damit in der Absetzung des Luster-Berichtes von der Tagesordnung. Mit dem völlig legitimen Instrument der Ausschöpfung der

parlamentarischen Geschäftsordnung brachten die italienischen Radikalen zunächst den Tagesablauf durcheinander. Die radikale Streiterin Emma Bonino, die sich als «Emma» bereits europarlamentarische Popularität – nicht für alle im besten Sinn – verschaffen konnte, trug in ihrer Tasche rund 200 vorbereitete Anträge zur Geschäftsordnung mit sich.

Simone Veil musste nun während dieser Demonstration eine erste Herausforderung entgegennehmen, denn jedermann wusste, dass sie einen Präsidenten ohne parlamentarische Erfahrung vor sich hatten. Zwar stolperte sie über eine geringfügige Verfahrensregel, meisterte aber die Situation, indem sie als «echt Liberale» die Rechte einer von parlamentarischer Diskriminierung bedrohten Gruppe extensiv auslegte, obwohl ihr dies zunächst den Zorn der grossen Fraktionen einbrachte, welche zügig debattieren und arbeiten wollten.

Schliesslich durften die Unabhängigen einen wichtigen Erfolg buchen, nachdem der Luster-Bericht zur Überprüfung an die neue Geschäftsprüfungskommission überwiesen wurde. Im gleichen Sinn sollen die parlamentarischen Rechte der Minderheiten – also die Unabhängigen im Parlament – klar festgehalten werden, und zwar in bezug auf den Anspruch auf Redezeiten, Mitgliedschaft in Ausschüssen usw.

Der erste eigentliche Verhandlungstag hatte damit unmittelbar ans Licht gebracht, dass die Geschäftsordnung des alten Parlaments für die Arbeitsweise des neuen, direktgewählten nicht mehr tauglich war. In dieser Erkenntnis wird sie nun einer Generalrevision unterzogen werden. Daher unser einleitender Satz, dass das alte Parlament «zu Grabe getragen» wurde, das «neue» jedoch erst am Beginn seiner Konstituierung stehe.

Die Aussenwelt im Wandel

Neben einem nach «innen» gekehrten Bewusstwerdungsprozess wandte das Europarlament in seiner ersten Sitzung im Juni seine Blicke zur Hauptsache auf die institutionelle und politische Aussenwelt hin. Nach Problembereichen geordnet, liessen sich drei Schwerpunkte konstatieren: die Stellung des Parlaments im Vergleich zu den anderen EG-Institutionen, die Diskussion um die wirtschaftlich prekäre Lage der EG sowie die Haltung der Europäischen Gemeinschaften zu aktuellen Weltgeschehnissen.

Interessant ist die Feststellung, dass sowohl die EG-Kommission wie der Europäische Rat und jetzt auch das Parlament den Anspruch für sich erhoben haben, als Motor der europäischen Integration zu dienen. «Vereint» müssten diese drei hauptsächlichsten EG-Institutionen den Europa-Wagen nun eigentlich in eine richtige Schussfahrt bringen, sofern die Pferde den Karren nicht in verschiedene Richtungen ziehen! Im Namen der EG-Kommission hat Roy Jenkins mit allem Nachdruck vor dem EP die Progressivität der europäischen Bürokratie hervorgehoben und sich von der gelegentlich geäusserten Vermutung, sie diene – nach Giscards mutmasslichen Wunschvorstellungen – lediglich als Supersekretariat für den

Europäischen Rat, mit Entschiedenheit distanziert: die Kommission könne, und dies sei in der Praxis auch oft der Fall, bei Sachproblemen und in Zielvorstellungen eine völlig andere Auffassung vertreten als der Rat. Dieser hebt seinerseits seine hervorragende Stellung als Entscheidungsträger der EG heraus. So bekräftigte Aussenminister Jean François-Poncet am Ende der französischen EG-Präsidentschaft, dass die EG-Institutionen für den Rat die Arbeiten ausführe, welche von ihm in Auftrag gegeben oder verlangt würden, wie dies beispielsweise mit dem «Perspektivenbericht 1990» oder der Beurteilung des neuen Währungssystems EMS geschehe. Und in seinem Interview mit der Zeitung «Le Matin» stand: «aujourd'hui il apparaît que ce Conseil Européen est le véritable moteur de l'Europe organisée. Il est en même temps l'organe d'impulsion.»

Im Parlament wurden andere Töne angeschlagen. So wies der Fraktionschef der europäischen Liberalen, der Deutsche Bangemann, darauf hin, dass die «Uneinigkeiten im Rat die Schuld zu tragen hätten, dass die europäischen Probleme so akzentuiert sind». Das Bürokratieproblem der EG erzeuge der Rat schliesslich selbst, weil er zu wenig und vor allem zu langsam wirkliche Entscheidungen zu treffen imstande sei. Auch der britische Konservative Scott-Hopkins, der die Fraktion der Europäischen Demokraten (neues Etikett für die Konservativen) präsidiert, tadelte die Entschlussträgheit des Rates. Dies vor allem in bezug auf den im Rat zu wenig praktizierten Mehrheitsentscheid. Warum habe das Parlament in so zentralen Belangen wie denjenigen des Europäischen Währungssystems oder der EG-Erweiterung bis dahin nichts zu sagen gehabt?

Simone Veil rief ihrerseits in der Präsidialrede in den Plenarsaal, dass das Parlament eine «politische Autorität» erlangen müsse mit einer Verstärkung der demokratischen Kontrolle und vor allem der Ausstrahlung von neuen und starken Impulsen nach aussen: «Unser Parlament wird daher durch intensivere gemeinsame Arbeit mit den anderen Organen für den Fortschritt Europas stärker wirken können. Von dieser Möglichkeit muss es sowohl im Rahmen der Konsultationen – bei denen ihm keine Grenzen gesetzt sind – als auch im Rahmen des neuen Konzertierungsverfahrens Gebrauch machen, und dadurch kann sich das Parlament wirksam an den Legislativbeschlüssen der Gemeinschaften beteiligen».

Das Parlament also als neuer Motor der europäischen Integration? Ein solches Plädoyer entnahm das EP zumindest auch aus dem Mund des Vorsitzenden der europäischen Volkspartei und ehemaligen belgischen Ministerpräsidenten Leo Tindemans. Er gab seinem tiefsten Bedauern darüber Ausdruck, dass mit dem Blick auf eine Europäische Union die EG in den letzten Jahren keinen Schritt weitergekommen sei. Seine «state-of-the-union»-Botschaft, welche der Pariser Ratsgipfel von 1974 von ihm angefordert hatte, liegt heute in den Schubladen der Politiker, Bürokraten und Historiker: europäischer Föderalismus in einer europäischen Union ist nach heutiger politischer Mode bei der Mehrheit nicht gefragt, insbesondere seit Giscard d'Estaing seit rund einem Jahr auf internationaler Platt-

form für die Idee (und das Gegenmodell) der «Konföderation» wirbt. Ganz diesem Leitbild verhaftet, hatte die französische UDF mit den Bannern de Gaulles, Pompidous und Giscards – zum Leidwesen und zum Ärger der Chiraquisten – für die europäischen Parlamentswahlen geworben.

Enrico Berlinguer hat seinerseits die Tatsache nicht verleugnet, dass innerhalb der kommunistischen Fraktion in bezug auf die institutionellen Zielsetzungen zwei gegensätzliche Auffassungen vertreten werden. Die italienische Variante des Eurokommunismus setzt sich nicht nur für die EG-Erweiterung, sondern auch für die Stärkung der Kompetenzen des EP ein. Damit steht die italienische «Schule» in scharfem Kontrast zu den französischen Kommunisten. Nationalistische Töne waren indessen auch aus den Bänken der Unabhängigen zu hören. Die vier dänischen Anti-EG-Vertreter pochten auf «das Recht des Neinsagens»: die Vollmitgliedschaft Dänemarks solle abgeschafft werden mit Ausnahme des Handelsbereichs (dies in Anlehnung an das schweizerische Verhältnis zur EG). EG-Kommission und Luxemburger Gerichtshof werden als «supranationale Instanzen» gänzlich abgelehnt. Grund: die EG stehe als Symbol für Wirtschaftskonzentration und Bürokratismus.

«Umbruch – mehr als Krise»

Willy Brandt wies auf die «Zeit des Umbruchs» hin, in welcher wir heute leben. Er bezichtigte die EG der «institutionalisierten Impotenz», auf den Grund der Probleme vorzudringen und dementsprechend gemeinschaftliche, strukturverändernde Massnahmen zu treffen. Ohne den hoffnungsvollen Sinn dieser Worte zu leugnen, ist zwischen der Proklamation abstrakter Forderungen und konkreter, möglicher Leitbilder zu unterscheiden. Die «Stimme» des Parlaments ist nämlich – zum Beispiel was die Wege aus der Energiekrise anbelangt – genauso polyphon wie die Stimmen der verschiedenen Interessengruppen und Lobbies auf nationaler und transnationaler Bühne. Der Streit hat sich – um bei der Energie zu bleiben – vor allem in bezug auf die Bedeutung beziehungsweise auf die Förderung der verschiedenen alternativen Energieträger entfacht. Jeder wird sich zwar mehr oder minder bewusst, dass dem Ölzeitalter die Stunde schlägt, doch über die Stellung der Kernenergie als Energieträger werden sich auch in Zukunft die parlamentarischen Gemüter noch mächtig erhitzen. Das Europarlament will jedenfalls in Energiebelangen künftig von den EG-Entscheidungsinstanzen vermehrt gehört werden. Energieprobleme und Arbeitslosigkeit wurden daher als Haupttraktanden auf die Septembersession festgelegt.

In bezug auf die gegenwärtige Wirtschaftslage liess der gaullistische Politiker Michel Debré die Kriegstrommel rasseln. Verbale Attacken wie «Europa betreibe einen Währungs- und Investitionskrieg» wurden in den elegant geschwungenen Plenarsaal des Strassburger Europapalastes geschleudert, wie üblich gefolgt von der bekannten honigsüssen Flötenkadenz dieser politischen Denkrichtung, wonach nur die «Nationen Eu-

ropas in Ausübung ihrer vollen Souveränität die schweren Krisen zu meistern imstande seien». Indirekt kamen die Äusserungen des Dogmatikers einem Aufruf nach protektionistischen Wirtschaftsmassnahmen gleich. «Kleine Staaten» – so führte Debré aus – hätten schon seit einiger Zeit die einzig richtige protektionistische Linie eingeschlagen. Diese vage Äusserung veranlasste die in Strassburg anwesenden Schweizer EG-Diplomaten, bei dem alternden Politiker vorstellig zu werden: er möge sich konkreter ausdrücken und falls dies geschehe, geflissentlich die Schweiz von solchen Behauptungen ausnehmen ...

Während der belgische Fraktionschef der EG-Sozialisten in seiner Rede die Verantwortung des Europarlaments in Sachen Arbeitslosigkeit, Kontrolle der Multis und den Umweltschutz hervorhob, wehrte sich Tindemans im Namen der Christdemokraten gegen den Anspruch der Sozialisten, diese Probleme «für sich zu pachten». Christdemokraten und Sozialisten verfügen mit über 220 Stimmen im Europarlament über die absolute Mehrheit. Diese sagt zwar wegen ideologischen Gefällen zwischen diesen zwei Lagern «politisch» nichts aus, doch dürften sie sich wenigstens auf gemeinsame Strategien zur Lösung dieses sozialen Problems ersten Ranges im Europarlament einigen können. Auch Berlinguer sprach von den «Interessen der Arbeiterklasse» im Sinne der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Doch gerade hier treten ja die parlamentarischen Widersprüche klar zutage, indem die Ziele und Instrumente in den verschiedenen ideologischen Lagern auseinanderklaffen.

Indochina als erstes aussenpolitisches Thema

Bestrebt, als «politische Autorität» anerkannt und als demokratisch legitimierte Stimme Westeuropas mit dem Anspruch auf weltweite Solidarität angehört zu werden, überraschte es nicht, dass gleich mehrere Entschliessungsanträge im Dringlichkeitsverfahren vorgelegt worden sind, welche das Flüchtlingsproblem im indochinesischen Raum betreffen. Die christdemokratische Fraktion, die zunächst einen eigenen Text vorlegen wollte, worin ausdrücklich die Umlenkung der Nahrungsmittelhilfe an Vietnam zugunsten der Flüchtlinge gefordert worden war, zeichnete schliesslich zusammen mit der liberalen Fraktion und der Fraktion der Europäischen Demokraten (= britischen Konservativen) einen gemeinsamen Kompromisstext. Nach einer mehrstündigen Nachtdebatte konnten die drei Mitte-Rechts-Fraktionen angesichts der parlamentarischen Sitzverteilung im ersten direktgewählten Europaparlament mehr als genügend Stimmen für ihre Version mobilisieren. Unter anderem forderte die Resolution:

- die sofortige koordinierte Entsendung von Transportschiffen mit dem Auftrag, die Schiffbrüchigen und Obdachlosen aufzunehmen, wobei die Gemeinschaft in ihrem Namen ein Schiff chartert;
- die Eröffnung von Transitlagern in der Gemeinschaft, von denen aus die Flüchtlinge so rasch als möglich auf die verschiedenen Mitgliedstaaten im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl zu verteilen sind.

Auffallend war, dass die Suspendierung der Hilfe an Vietnam im «ge-

meinsamen Text» nicht mehr direkt gefordert worden war, obwohl insbesondere einige britische Konservative mit aller Entschiedenheit ein ideologisch-politisches Exempel an die Adresse des kommunistischen Regimes in Vietnam statuieren wollten. Erwähnt blieb in der Entschliessung allerdings, dass «Schritte der Aussenminister der Neun bei der Regierung Vietnams gefordert werden, damit diese dafür Sorge trage, dass ihre Bürger friedlich und frei in ihrem eigenen Land leben können». Dies erfolgte mit Hinweis auf eine Entschliessung, welche das «alte» Parlament noch zu Beginn des Jahres verabschiedet hatte. Damit wurde indirekt die Umlenkung der Nahrungsmittelhilfe beschlossen, und zwar dadurch, dass die vorgeschlagenen Massnahmen der EG-Kommission gutgeheissen wurden. Diese nämlich hatte vom Rat gefordert, einer vorübergehenden Suspendierung zuzustimmen. Diese Linie geriet erwartungsgemäss unter scharfen Beschuss der sozialistischen und kommunistischen Fraktion. Die Sozialisten waren der Ansicht, «dass die Nahrungsmittelhilfe der Gemeinschaft nicht als politische Waffe eingesetzt werden darf». Die Kommunisten hatten ihrerseits den Rat der EG ersucht, «die Vorschläge der Kommission, die auf die Einstellung jeder direkten Nahrungsmittelhilfe an Vietnam abzielten, für ungültig zu erklären».

Eine Kommunikationslücke

Das Image des Europäischen Parlamentes ist in der Öffentlichkeit alles andere als überragend. Hauptgrund: zu grosser Aufwand für zu wenig Kompetenzen. Zu diesem Bild haben die Massenmedien das Ihrige beigetragen, teils zu Recht, teils zu Unrecht. Einerseits ist das EP vorläufig ein kompetenzarmes Gremium, das zudem viel kostet. Auch muss die Öffentlichkeit vor der Illusion gewarnt werden, im europäischen Integrationsprozess habe sich durch die Direktwahl tatsächlich viel geändert. Der Parlamentsbericht im «Spiegel» erschien sogar unter der Optik, als würde nun bald das Ende der Gemeinschaft einläuten: «die verspätete Volksunmittelbarkeit des Parlaments verändert an den Machtverhältnissen etwa soviel wie eine Heirat nach 25 Jahre wilder Ehe». Doch immerhin: mit der Institutionalisierung wird in diesem Fall das gemeinsame Erbe geregelt . . .

Auf der anderen Seite nützt es wenig, wenn das blutarme Parlament zum Sündenbock europäischer Unzulänglichkeiten und Unzufriedenheiten gemacht wird. Letztlich bergen sich hinter den kritischen Stimmen oft Nationalisten, die sich auch gegen die Abtretung von Souveränitätsrechten an ein kompetentes und starkes Europarlament zur Wehr setzen würden. Aus einer ganz anderen Perspektive gesehen wäre es bestimmt interessant festzustellen, was bis 1984 geschehen würde, falls das EG-Parlament europäische Gesetze erlassen könnte. Solche wären vielleicht demokratisch abgestimmt, ob sie aber auch implementierbar und für die breite Öffentlichkeit akzeptierbar und «vernünftig» wären?

Ein zentrales Anliegen wird darin bestehen, dass es dem EP in den nächsten Jahren gelingen wird, die Informations- und Kommunikationslücke

zwischen den EG-Institutionen und der breiten Bevölkerung zu verkleinern. Wenn in Italien Orangen vernichtet werden, die Weinbauern in Südfrankreich auf die Barrikaden steigen, die Briten sich weigern wollen, landwirtschaftliche Überschüsse teuer zu bezahlen, dann wird den entsprechenden «regionalen» Parlamentariern jedesmal eine lange Liste von Aufgaben vorgegeben sein:

- Wahrnehmung der Bürgerinteressen und der negativen Auswirkungen von gemeinsamen EG-Beschlüssen;
- Behandlung der Probleme in den Ausschüssen mit nachträglicher Druckausübung auf die Entscheidungsinstanzen;
- Kontrolle der EG-Kommission vor allem auch bei der Implementierung von Beschlüssen;
- Wahrung der Rechte von Minderheiten, deren Bedürfnisse bei makropolitischen Entscheidungen zuwenig berücksichtigt werden;
- direkte Kontakte der Parlamentarier zur regionalen Öffentlichkeit.

Bei diesen Öffentlichkeitsarbeiten genügen die traditionellen Informations- und Kommunikationsmuster kaum mehr. Neue Formen müssen ausprobiert und bei Eignung institutionalisiert werden. Einen möglichen Weg dazu bieten öffentliche Hearings, wie sie in Strassburg vor allem von den Sozialdemokraten Brandt und Schwencke gefordert wurden. Ersterer schlug ein Hearing über die nächste Helsinki-Nachfolgekonferenz vor, Schwencke plant ein Hearing über die soziale Lage von Künstlern und Schriftstellern. Empfehlenswert wäre, solche Hearings möglichst dezentralisiert abzuhalten, damit die Öffentlichkeit den Eindruck erhielte, dass ein Stückchen «Europa» auch in ihrer «Region» gemacht werde. Von daher gesehen ist jede Zentralisierungsforderung in Richtung Brüssel problematisch. Wohl könnten bei einer institutionellen Konzentrierung die verschiedenen EG-Instanzen besser zusammenarbeiten, doch müsste sich die Spitze von der Basis (sprich: Öffentlichkeit) notwendigerweise noch weiter distanzieren, wenn nicht sogar entfremden.

Hans Jörg Mettler